

Solidarität, Zusammenhalt und Nachhaltigkeit

Ergebnisse der Sondierung von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und LINKEN

19.09.2019

Fast drei Jahrzehnte nach seiner Gründung ergreift das Land Brandenburg die Chance zur Gründung einer Regierungskoalition für Erneuerung, Fortschritt und Stabilität. Unser Leitbild ist dabei ein gemeinsames Brandenburg in Vielfalt.

In Zeiten des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels kommt es jetzt darauf an, die soziale, ökologische und digitale Modernisierung unseres Landes energisch voranzutreiben - und gerade damit zugleich dem Bedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger nach sicheren Lebensverhältnissen zu entsprechen. Wir übernehmen Verantwortung für die entscheidenden Orte unseres Lebens - in guten öffentlichen Räumen und Netzen entscheidet sich vieles. Wir werden Brandenburgs zukünftigen Weg im Geiste des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des sozialen Fortschritts, der ökonomischen Vernunft und der ökologischen Nachhaltigkeit neu ausrichten.

Aus Verantwortung für unser Land bekräftigen alle Beteiligten ausdrücklich den Willen zur Stärkung unserer weltoffenen und wehrhaften Demokratie. Im Interesse aller heutigen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sowie zugleich auch im Interesse künftiger Generationen bekunden die Beteiligten, über die gesamte Wahlperiode hinweg verlässliche politische Verhältnisse für Brandenburg zu gewährleisten. Im Hinblick auf die möglichst umfassende Bürgernähe, auf lebendigen Dialog und auf Transparenz ihrer Entscheidungsbildung sowie ihres gesamten politischen Handelns für Brandenburg wird die neue Regierungskoalition neue Maßstäbe setzen.

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKE haben sich deshalb in den Sondierungen auf die nachfolgenden ersten Punkte verständigt. Sie sind Grundlage für den Koalitionsvertrag.

1. Entwicklung der Regionen

Die Sondierungsparteien bekennen sich zum regionalen Zusammenhalt in Brandenburg und zur Sicherung und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Entsprechend den Empfehlungen der Enquete-Kommission 6/1 der vergangenen Legislaturperiode vereinbart die Koalition eine ressortübergreifende, den Gesamttraum abdeckende Regionalentwicklungsstrategie („Strukturpolitik aus einem Guss“). Dabei legen wir besonderen Wert auf Erhalt, Entwicklung und Stärkung sozialer Strukturen im ländlichen Raum. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu einer aktiven Strukturpolitik der Landesregierung in der Lausitz und allen anderen Regionen. Dazu gehört aktiv zu bündeln, was an Instrumenten bereitsteht, Berlin und Brandenburg zusammenzudenken und eine Koordination zwischen regionaler und landespolitischer Ebene. Wir setzen dabei in erster Linie auf die Stärkung lokaler Strukturen (bottom up). In Koalitionsverhandlungen prüfen die Parteien die Einführung von Regionalbeauftragten als Scharnier zwischen der regionalen Ebene und der Landesebene.

Die Sondierungspartner stellen Einigkeit darüber her, dass auch durch die Verlagerung von Behördenstandorten zur Entwicklung aller Regionen im Land beigetragen werden kann.

2. Bildung / Kita / Hochschulen

Die Sondierungsparteien sind sich darüber einig, dass der Grundsatz „Zugang zu freier Bildung-unabhängig vom Wohnort und Einkommen der Eltern“ gewährleistet werden muss. Im Zuge der Koalitionsverhandlungen wird ein Zeitplan für die Beitragsfreiheit Kita und Hort, die Verbesserung des

Betreuungsschlüssels und andere Qualitätsverbesserungen in Zusammenarbeit mit den Kommunen erarbeitet.

Die Sondierungspartner sind sich einig, dass guter Unterricht für alle Kinder und Jugendliche abgesichert werden muss - in allen Regionen des Landes, mit gut ausgebildeten Lehrkräften und multiprofessionellen Teams in öffentlichen Schulen. Stundenausfall muss weiter reduziert werden. Es werden flexible Lösungen erarbeitet, um alle Schulstandorte zu erhalten und ausbauen zu können. Längeres gemeinsames Lernen soll für alle Schulformen ermöglicht und gestärkt werden. Die Sondierungspartner werden weitere Investitionen im Schul- und Kita-Bereich unterstützen.

Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass die Freien Schulen einen erheblichen Stellenwert im Brandenburger Schulsystem einnehmen. In einem transparenten Prozess soll zwischen den Trägern der Freien Schulen und der Landesregierung Einvernehmen über die kalkulatorischen Grundlagen der künftig erforderlichen Finanzierung hergestellt werden.

Die Finanzierung der Universitäten und Hochschulen wird weiter verbessert.

3. Kinderarmut

Die Sondierungspartner räumen der Bekämpfung von Kinderarmut einen hohen Stellenwert ein. Sie sind einig darin, die Ergebnisse des Runden Tisches gegen Kinderarmut umzusetzen und sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das Teilhabepaket zu einer umfassenden Kindergrundsicherung weiterzuentwickeln.

4. Gesundheit/Pflege

Die Sondierungsparteien sind sich einig darin, dass in allen Regionen der Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung gesichert bleiben muss. Bestehende Krankenhausstandorte sollen erhalten bleiben und die Krankenhäuser sollen sich zu ambulant-stationären Versorgungszentren weiterentwickeln. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir mit Instrumenten wie beispielsweise der Gemeindegewerbesteuer und dem Landärztestipendium zur besseren gesundheitlichen Versorgung beitragen.

Die Sondierungsparteien wollen einen "Pakt für Pflege" auf den Weg bringen. Hohe Priorität haben Qualität durch Fachkräftesicherung sowie Bezahlbarkeit.

5. Vergabemindestlohn 13 €/ Tariftreue

Die Sondierungsparteien sind einig darüber, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt künftig insbesondere dadurch gestärkt werden muss, dass die Lücke zwischen positiver Wirtschaftsentwicklung und der Einkommenssituation der Brandenburgerinnen und Brandenburger geschlossen wird. Dazu besteht Einigkeit, dass die Lohnuntergrenze bei öffentlichen Vergaben in Brandenburg möglichst rasch auf zunächst 13 Euro erhöht wird. Zudem wird nach Umsetzung der Entsenderichtlinie ins deutsche Recht die Möglichkeit geprüft werden, eine Tariftreueklausel sowie die Berücksichtigung der ILO-Normen und ökologischer Kriterien im Brandenburger Vergabegesetz zur Voraussetzung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu machen. Die Wertgrenzen für die Vergabe sowie die Grenze für die Anwendung des Vergabemindestlohns werden überprüft. Beginnend bei der Pflege streben die Parteien die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Tarifverträge an. Die Parteien stimmen darin überein, dass trotz

des sich verstärkenden Unterangebots an Arbeits- und Fachkräften die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ein weiterhin wichtiges Aufgabenfeld darstellt.

6. Klimaschutz

Die künftige Koalition wird Klimaschutz und Erhalt der Biologischen Vielfalt zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Die Sondierungsparteien erkennen die Notwendigkeit einer intensiven Klimaschutz- und -anpassungspolitik. Hierzu sollen in den Koalitionsverhandlungen Eckpunkte eines Klimaplan festgelegt werden. Neben Energie, Wohnen und Verkehr sollen dabei besonders Klimaanpassungsstrategien für die Landwirtschaft, der Landschaftswasserhaushalt, Waldumbau und die Moorrevitalisierung im Fokus stehen. Die Sondierungsparteien sehen eine aktive Klimaschutz- und -anpassungspolitik als große Chance für die Landesentwicklung. Den Nachhaltigkeitsbeirat des Landes werden wir wieder einrichten und die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten.

7. Energie

Seit Jahrzehnten ist die Kohle wesentlicher Bestandteil der sicheren Energieversorgung in Brandenburg. Sie hat zudem einen entscheidenden Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Bundeslandes. Die Braunkohlewirtschaft hat insbesondere die Energieregion Lausitz über Generationen wirtschaftlich, sozial und kulturell entscheidend geprägt und trägt zur dortigen Identität bei. Zugleich hat sie den dort lebenden Menschen viel abverlangt.

Die für einen erfolgreichen Klimaschutz notwendige schrittweise Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung ist eine historische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nur dann erfolgreich und mit Vorbildfunktion gelingen, wenn eine Reihe von Anforderungen in Einklang gebracht wird. Dazu zählen der Erhalt und die Schaffung neuer guter, tarifvertraglich abgesicherter Arbeitsplätze in der Region, die sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom und Wärme zu jedem Zeitpunkt sowie der Erhalt und die Weiterentwicklung des Kohlereviers zu einer weiterhin lebenswerten und attraktiven Region.

Unser Ziel ist, die Lausitz zur Modellregion für Strukturwandel und Strukturentwicklung weiterzuentwickeln. Dazu gehört, dass sie eine starke Energieregion bleibt. Grundlage dafür ist für uns das Ergebnis der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Dieses sieht den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis Ende des Jahres 2038, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend sind auch schon 2035, und Revisionsklauseln vor. Dementsprechend wird es auch keine neuen Tagebaue bzw. keine Tagebauerweiterung und keine Umsiedlung von Dörfern mehr geben. Die Sondierungsparteien bekennen sich zu den Zielen und der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens.

Den ersten von der WSB vorgeschlagenen „Checkpoint“, d.h. die Prüfung der Entscheidungen im Lichte der weiteren Entwicklung im Jahr 2023 wird die Koalition intensiv begleiten. Dabei werden der dann erreichte Stand der Strukturentwicklung in der Lausitz, die Sicherstellung der Energieversorgung und die Energiepreise die Grundlage sein.

Die Sondierungsparteien fordern die Bundesregierung auf, das Anpassungsgeld (APG) für die vom Kohleausstieg betroffenen Beschäftigten zu verhandeln.

Das Strukturstärkungsgesetz ist die Voraussetzung für einen gelingenden Strukturwandel in der Lausitz. Die Sondierungsparteien sehen in Hinblick auf eine 1:1 Umsetzung der Ergebnisse der WSB-Kommission Verbesserungsbedarf. Strukturstärkungsgesetz und Kohleausstiegsgesetz sind gemeinsam zu betrachten. Die Sondierungsparteien erwarten, dass die Bundesregierung den Entwurf für ein Kohleausstiegsgesetz möglichst schnell vorlegt.

Die Sondierungsparteien bekennen sich - unter Beachtung der Umweltaforderungen - zur geordneten Fortführung des Tagebaus Jänschwalde gemäß Braunkohleplan.

Gerade für die Lausitz als Energieregion, aber auch darüber hinaus, wird der weitere Ausbau Erneuerbarer Energien eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen daher die Bundesgesetzgebung so ändern, dass Industrieunternehmen regional erzeugten Strom zukünftig auch selbst nutzen oder vor Ort direkt vermarkten können. Um die in der Energiestrategie des Landes vorgesehenen 10.500 MW an installierter Windleistung in den kommenden Jahren zu erreichen, setzen wir vor allem auf Repowering durch effizientere Anlagen, ohne die mancherorts bei den ersten Anlagen erfolgten Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Wir wollen die betroffenen Kommunen bei der Planung über die regionalen Planungsgemeinschaften hinaus stärken beteiligen sowie dafür sorgen, dass das Geld auch in den betroffenen Orten bleibt. Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz werden wir in den Koalitionsverhandlungen beraten.

Wir werden sowohl aus wirtschaftspolitischen als auch aus ökologischen Gründen die Power-to-X Technologie und den Energieträger Wasserstoff besonders fördern. Dabei soll die Lausitz zu einer Wasserstoff-Vorzeigeregion entwickelt werden. Auch andere Technologien werden im Sinne einer Innovations- und Forschungsoffensive in der Lausitz gefördert und gestärkt.

8. Wohnungsbaupolitik / Wohnungsbaugesellschaft

Die Sondierungsparteien sind einig darin, dass insbesondere in den wachsenden Städten die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum eine der wichtigen sozialen Fragen wird. Wir wollen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum gebaut wird. Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass Flächen des Landes künftig grundsätzlich nicht mehr an private Dritte veräußert, sondern in Erbbaupacht vergeben werden sollen.

Unter Einbeziehung der Kommunen und der im „Bündnis für Wohnen“ zusammengeschlossenen Akteure sowie in enger Abstimmung mit dem Land Berlin und seinen Wohnungsbaugesellschaften wird das Land eine Wohnungsbauoffensive beginnen. Dazu wird die Förderpolitik attraktiver gestaltet, um die Nutzung der Förderung deutlich zu erhöhen. Genossenschaften, kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Baugemeinschaften für Eigennutzung sollen deutlich unterstützt werden. Bei der Bodenvergabe sollen verstärkt Konzeptvergaben zum Zuge kommen. Im weiteren Verlauf der Gespräche wird geprüft, ob damit allen regional sehr unterschiedlichen Problemen ausreichend begegnet wird, oder ob zusätzlich eine Landeswohnungsbaugesellschaft Abhilfe schaffen kann.

Zur Durchsetzung sozial gerechter und ausgewogener Mieten bleibt die Mietpreisbremse ein wichtiges Instrument und eine schärfere Regulierung der Mieten für nicht preisgebundene Wohnungen wird geprüft. Dabei wird kein Instrument ausgeschlossen.

Wir werden die Voraussetzungen zur Abgabe von landeseigenen Liegenschaften zu günstigen Konditionen für Zwecke des Wohnungsbaus an Kommunen, kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften verbessern.

9. Integration und Asyl

Brandenburg ist ein weltoffenes und solidarisches Land. Menschen, die Schutz brauchen, finden in Brandenburg Hilfe. Für eine erfolgreiche Integration von geflüchteten Menschen sind für uns vor allem das Erlernen der deutschen Sprache und die Aufnahme von Ausbildung und Arbeit entscheidend. Wir wollen, dass allen Geflüchteten direkt nach Ankunft in Brandenburg Angebote zum Spracherwerb

unterbreitet werden. Auch Asylsuchende, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde, sollen Deutsch- und Integrationskurse besuchen können.

Wir wollen das Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge in der Legislaturperiode weiterführen. Die Sondierungsparteien bekennen sich zur Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlinge in Kooperation mit dem Bund. Die Aufenthaltsdauer in der ZABH soll maximal 6 Monate betragen. Ein Landesprogramm zur Intensivierung der freiwilligen Rückkehr, wie es auch in anderen Bundesländern existiert, wird geprüft.

Brandenburg braucht Zuwanderung, um ein wirtschaftlich und sozial erfolgreiches Land zu bleiben. Viele Brandenburger Unternehmen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge suchen heute schon dringend Arbeits- und Fachkräfte. Das vom Bund beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz werden wir mit möglichst einfachen Verfahren umsetzen. Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen wird beschleunigt.

Gut integrierte Geduldete sollen einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten. Die Spielräume auf Landesebene (Ausbildungsduldung, Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration und bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden) werden wir weiter ausschöpfen. Gesetzliche Initiativen, die den „Spurwechsel“ aus dem Asyl- in ein Zuwanderungsverfahren oder die generelle Anerkennung von Mehrstaatlichkeit betreiben, wird Brandenburg unterstützen.

Flüchtlinge und Asylsuchende, bei denen die Verfahren ergeben, dass sie nicht in Deutschland bleiben können, müssen das Land verlassen.

Die Sondierungsparteien bekennt sich zur humanen Durchsetzung von Rückführungen. Sie wird den mit Ausreisesammelstelle und Ausländerrechtszuständigkeitsverordnung bereits eingeschlagenen Weg zur Stärkung der freiwilligen Ausreise und zur zentralen Organisation über die Schaffung eines Landeskompetenzzentrums für Asyl fortsetzen. Eine unabhängige Verfahrensberatung muss gewährleistet bleiben. Die Schaffung eines Anker-Zentrums wird nicht verfolgt.

Die Zusammenarbeit mit dem Land Berlin bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht insbesondere von sogenannten Gefährdern wird fortgeführt. Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Nutzung von Abschiebehaftplätzen wird fortgeführt und [der Bedarf einer eigenen Abschiebehafteinrichtung wird geprüft]¹.

10. Innere Sicherheit

Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Anerkennung gemeinsamer Grundwerte und von einem respektvollen Miteinander. Wo in Zeiten des Wandels Verunsicherung wächst, politische Entscheidungsprozesse nicht mehr nachvollzogen und die Geltung des Rechts in Frage gestellt werden, ist dies ein Nährboden für Populismus, Hass und Gewalt - oft verstärken sich diese Phänomene und Verunsicherungen noch gegenseitig.

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und gruppenbezogene Ressentiments haben auch in Brandenburg zugenommen, die Zahl rechter Gewalttaten in Brandenburg verharrt auf hohem Niveau. Dem wollen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegenstellen.

Politische Bildung nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein. Aufbauend auf dem Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg werden wir die zivilgesellschaftlichen Akteure im Land weiter stärken.

¹ Bleibt strittig.

Die Sondierungsparteien legen die Zielzahl für die Polizei auf 8.500 Stellen fest. Dazu sind Spezialausbildungen zu stärken und die Qualitätssicherung der Ausbildung zu gewährleisten. Für die Dauer der Wahlperiode ist eine umfassende Novellierung des Polizeigesetzes und des Verfassungsschutzgesetzes nicht geplant.

In den Koalitionsverhandlungen wird über die Ausgestaltung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle gesprochen.

11. Justiz

Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass ein funktionierender Rechtsstaat eine funktionierende Rechtsprechung braucht. Daher wollen wir die Bearbeitungszeit von neu eingegangenen Gerichtsverfahren verkürzen und gerichtliche Altverfahren schnell abbauen. Dafür werden wir die Gerichte und Staatsanwaltschaften entsprechend personell ausstatten.

12. Brand- und Katastrophenschutz

Die Mittel für Brand- und Katastrophenschutz werden zur Bewältigung der aufgrund des Klimawandels gestiegenen Anforderungen erhöht. Für die Brandbekämpfung aus der Luft wird weiterhin auf Hubschrauber der Bundeswehr und der Bundespolizei zurückgegriffen.

13. Privatisierung von Flächen

Die Sondierungsparteien beabsichtigen ein Agrarstrukturgesetz zu erarbeiten, um den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch außerlandwirtschaftliche Investoren zu erschweren. Landeseigene Agrar- und Forstflächen sollen grundsätzlich nicht mehr verkauft oder übertragen werden. Mit dem Bund wird über die Überführung der verbliebenen BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandelt werden. Dazu wird eine Bundesratsinitiative eingebracht werden.

14. Landwirtschaft

Die Sondierungsparteien streben an, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft durch einen ökologischen Aktionsplan deutlich zu erhöhen. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft darf nicht zu Lasten bestehender Betriebe stattfinden. Regelungen zur flächenbezogenen Tierhaltung und der Ausweitung von Weideprämien werden angestrebt.

Details zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Landestierschutzplanes sollen im Einvernehmen mit den Partnern festgelegt werden. Gemeinsames Ziel der Sondierungsparteien ist der Ausbau der regionalen Produktion und Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Die Sondierungsparteien wollen eine Nutztierstrategie entwickeln und Tierschutzstandards gemeinsam mit den Betroffenen erhöhen.

Grüne Gentechnik lehnen die Sondierungsparteien ab.

15. Waldumbau / Naturschutz

Die klimapolitische und aus Brandschutzgründen wichtige Aufgabe der Waldpflege und des Waldumbaus hat Priorität. Für den Landesbetrieb Forst wird ein Einstellungskorridor geschaffen.

Die Sondierungsparteien wollen ein Moorprogramm zum Erhalt und zur Erweiterung von Mooren auflegen.

Ein Gesamtkonzept zur Verbesserung des Wasserhaushaltes in der Landschaft soll entwickelt werden.

Beim Natur- und Umweltschutz wollen wir an die Erfolge in der Gründungsphase unseres Landes anknüpfen, das Großschutzgebietssystem weiter aufwerten, die Biodiversitätsstrategie des Bundes umsetzen und Schutz und Nutzung der Natürlichen Lebensgrundlagen miteinander verbinden.

Über den Umgang mit den Volksinitiativen zur Artenvielfalt wird in den Koalitionsverhandlungen gesprochen.

16. Öffentliche Verkehrsprojekte

Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs Priorität hat. Das Infrastrukturprojekt „i2030“ wird gemeinsam mit dem Bund und Berlin umgesetzt. Wir brauchen neue Regional- und S-Bahn-Verbindungen. Dabei nutzen wir alle Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung. Die Sondierungsparteien streben eine stärkere Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs als Maßnahme der Daseinsvorsorge und des Klimaschutzes an und werden dafür zusätzliche Mittel bereitstellen. Die Sondierungsparteien sind sich darin einig, dass die Mobilität, insbesondere für Familien, verbessert werden muss. Die Elternbeitragsfreiheit in der Schülerbeförderung und die Einführung des 365 € Tickets werden geprüft.

Wir halten am Beschluss des Landtages zum Volksbegehren Nachtflugverbot BER fest.

17. Digitalisierung

Die Sondierungsparteien sind sich darüber einig, dass das Land die Möglichkeiten und Chancen der alle Gesellschafts- und Lebensbereiche erfassenden Digitalisierung nutzen muss, um das Land moderner, lebenswerter, wettbewerbsfähiger und attraktiver zu machen. Grundlage dafür ist als Teil der Daseinsvorsorge ein flächendeckender Zugang zu leistungsstarken und zukunftsfähigen Breitband- und Mobilfunknetzen. Schwerpunkt dabei ist, die Digitalisierung in der Bildung und im Gesundheitswesen zum Nutzen aller voranzutreiben.

Dazu gehört auch eine bürgernahe Modernisierung der Dienstleistungsangebote der öffentlichen Verwaltung im Sinne eines umfassenden E-Governments. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen.

18. Wirtschaft und Industrie

Die Sondierungsparteien bekennen sich dazu, dass Industrieunternehmen und Handwerksbetriebe die Eckpfeiler unserer Wirtschaft sind und die Basis für den Wohlstand unseres Landes bilden. Daher werden wir die „Regionalen Wachstumskerne“ und Industriezentren mit einer modernen, sozial und ökologisch fundierten, sektorübergreifenden Industriepolitik weiter fördern und entwickeln. Die Clusterstrategie wird weiterverfolgt. Um vorhandene Industriearbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, wollen wir (nach dem Modell von etwa Premnitz, Schwedt oder Schwarze Pumpe) gezielt neue Industrieparks entwickeln. Zentrale Herausforderungen der Brandenburger Wirtschaft sind die Gewinnung von Fachkräften, die Organisation von Unternehmensnachfolgen sowie die Digitalisierung. Wir werden die Unternehmen insbesondere in diesen Bereichen unterstützen und fördern.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der spezifischen Wirtschaftsstruktur mit zahlreichen Startups und KMUs in der IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft. Das Umfeld für Unternehmensgründungen/Start ups muss sich weiter verbessern - unterstützt durch einen Beitrag der öffentlichen Hand zur Risikoabfederung.

19. Kultur

Die Sondierungsparteien verstehen Kultur als ein öffentliches Gut. Kultur muss allen zugänglich sein, unabhängig von Elternhaus, Einkommen, Abstammung, Bildung oder Gesundheit. Kultur darf nicht ausschließlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet werden. In diesem Sinne werden wir die kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg weiterentwickeln.

Zentral bleibt für die Sondierungspartner die Gedenkkultur.

20. Queeres Leben in Brandenburg

Die Sondierungsparteien werden den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ konsequent umsetzen, seine Maßnahmen und Projekte konkretisieren und weiter fortschreiben.

21. Sport

Die Sondierungsparteien sind sich einig, dass Sport ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Sport vermittelt Werte, bringt Menschen zusammen und ist ein wesentlicher Bestandteil eines gesunden Lebensstils. Daher werden wir die Sportförderung auch in den nächsten Jahren an die Mitgliederzahlentwicklung und die Kostensteigerungen anpassen.

22. Europa

Für die Sondierungsparteien ist klar, dass Brandenburg auch in Zukunft eine wichtige Brückenfunktion in Europa hat und Verantwortung für die Zukunft Europas trägt. Wir wollen den Austausch und die Zusammenarbeit vor allem mit dem Nachbarland Polen und den polnischen Nachbarregionen, mit den Staaten Ostmitteleuropas und im nördlichen Ostseeraum intensiv fortsetzen. Den Austausch von Jugendlichen, Azubis und Studierenden wollen wir weiter fördern. In Brüssel wollen wir mit einer starken Stimme für die Interessen des Landes Brandenburg auftreten.

23. Öffentlicher Dienst

Die Sondierungspartner sind sich einig, den Öffentlichen Dienst in Brandenburg weiter zu stärken. Auch in Zukunft ist die Gewinnung von Fach- und Nachwuchskräften für eine leistungsstarke Landesverwaltung von zentraler Bedeutung. Die Sondierungspartner sind sich einig, dass deshalb die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter ausgebaut werden muss. Dazu gehören familienfreundliche und barrierefreie Arbeitsbedingungen, die Möglichkeit lebenslangen Lernens sowie die Weiterentwicklung des Gesundheitsmanagements.

Befristete Arbeitsverhältnisse werden weiter abgebaut und sachgrundlose Befristungen weitgehend ausgeschlossen.

24. Ostdeutsche Interessen

Die Sondierungsparteien stimmen darin überein, dass Brandenburg für die berechtigten Interessen Ostdeutschlands eintreten muss. Noch immer sind Ostdeutsche in den Führungspositionen der Bundesrepublik – in Verwaltung und Justiz, Wirtschaft und Medien, Wissenschaft und Kultur – unterrepräsentiert. Wir werden mit gutem Beispiel vorangehen und uns dafür einsetzen, dass die Repräsentationslücke geschlossen wird.

Die meisten politischen, gesellschaftlichen und sozialen Zukunftsfragen stellen sich in ganz Deutschland, treten im Osten aber verstärkt auf oder sind anders gelagert. Damit Ostdeutschland strukturelle Nachteile

wettmachen kann, braucht es einen nachweisbaren „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern, um neue Industrien, neue Arbeitsplätze und Menschen dauerhaft in die Region zu ziehen.

Wir wollen die beruflichen Nachteile von Ostdeutschen durch die Berücksichtigung typisch ostdeutscher Qualifikationen heilen. Wir wollen die Anerkennung der Lebensleistungen derjenigen Berufsgruppen, die nach dem Rentenüberleitungsgesetz bisher nicht berücksichtigt wurden, sowie die Überleitung bei der Rente von in der DDR geschiedenen Frauen. Härtefallfonds allein reichen nicht aus.

Die Sondierungsparteien fordern die Entlastung der ostdeutschen Bundesländer von den seit Jahren von ihnen zu tragenden Aufwendungen für die Zahlung von DDR-Renten und Sonderrenten durch den Bund. Die Sondierungsparteien streben eine engere Zusammenarbeit mit den benachbarten Bundesländern auf Regierungs- wie auf parlamentarischer Ebene an - insbesondere mit Sachsen.

25. Ehrenamt

Die Sondierungsparteien sind sich darüber einig, den erfolgreichen Weg der Förderung kommunaler Engagement-Stützpunkte fortzusetzen. Die Förderbedingungen für das Ehrenamt sollen noch effektiver und unbürokratischer ausgestaltet werden.

26. Zusammenarbeit

Die Sondierungsparteien sind sich einig darin, dass ein Bündnis aus drei Parteien neue Mechanismen der vertrauensvollen und verlässlichen Zusammenarbeit auf der Ebene der Regierung, der Fraktionen aber auch zwischen den Parteien benötigt.

Die Regierungskoordination soll durch geeignete und in den Koalitionsverhandlungen festzulegende Instrumente dazu beitragen, dem Prinzip von Transparenz, Augenhöhe und verlässlicher Abstimmung Rechnung zu tragen.

Hierfür werden in der Koalitionsvereinbarung Mechanismen festgeschrieben, die es allen drei Partnern erlauben, inhaltliche Differenzen in sachlicher und lösungsorientierter Weise zu klären sowie gemeinsam strategische Perspektiven zu entwickeln.

Anlage offene BR-Initiativen Brandenburgs:

	Stichwort	Drs.	Einbringung
<u>BB</u>	Entwurf eines Gesetzes zur Konzentration von Asylverfahren bei den Verwaltungsgerichten nach Herkunftsländern	409/15	14.09.2015
<u>BB</u> , BE, HB, TH	Entschließung des Bundesrates zur Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz	710/17	15.11.2017
<u>BB</u>	Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche	44/18	15.02.2018
<u>BB</u> , TH	Entschließung des Bundesrates - Herausforderungen in der Pflege angehen und Kosten gerecht verteilen	315/18	28.06.2018
<u>BB</u>	Entschließung des Bundesrates zur Entprivilegierung der Windenergienutzung	509/18	11.10.2018
<u>BB</u>	Entschließung des Bundesrates zur Harmonisierung der Rechtsgrundlagen und Regelwerke zum Lärmschutz	289/19	20.06.2019
<u>BB</u>	Entschließung des Bundesrates für eine auf einen ambitionierten Aufbau einer erneuerbaren Wasserstoffwirtschaft in Deutschland ausgerichtete Umsetzung der Erneuerbaren Energien Richtlinie (Renewable Energy Directive, RED II) in nationales Recht	346/19	01.08.2019
<u>BB</u> , HE, SL, ST, TH	Entwurf eines Gesetzes zur Verwirklichung der Barrierefreiheit im Eisenbahnverkehr	388/19	21.08.2019